

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. - 25. Mai 2025*

*Antragsteller\*in: LAG Baden-Württemberg*

*Tagesordnungspunkt: TOP 8 Berichte der LAGen und AGen*

## **AP 2: Impulspapier zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik auf der Basis von Diskussionen in den LAG-Sitzungen BW vom 22. März und 21. Mai 2025**

### **Antragstext**

#### **Zusammenfassung und Hintergrund**

Mit diesem Papier soll versucht werden, die sich vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kurzfristig stellenden existenziell wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen, so aufzubereiten, dass eine parteiinterne strukturierte Debatte möglich ist. Gleichzeitig soll es als Argumentationshilfe dienen, wenn uns vorgeworfen wird, dass wir traditionelle Grüne Positionen aufgegeben hätten. Dabei müssen wir neu definieren, wie wir uns als Partei des Friedens aufstellen wollen. Denn darum geht es uns: um den Frieden in Europa. Dabei muss unsere ur-grüne Überzeugung, dass zivile Konfliktbearbeitung eine wichtige Rolle in der Außenpolitik zu spielen hat, auf der Agenda bleiben.

Dieses Papier wird auf der LAG-Sitzung am 21. Mai 2025 verabschiedet. Es wird an die LGS und die BAG Frieden & Internationales weitergeleitet. Alle LAG-Teilnehmer sind außerdem aufgefordert, es in ihre Kreisverbände zu tragen und dort eine Diskussion zu beginnen. Denn die Positionierung der Partei in diesen zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sollte basisdemokratisch erfolgen.

#### **Voraussetzungen**

Bei der Erarbeitung des Papiers ging die Schreibgruppe von folgenden Voraussetzungen aus, die in der LAG-Sitzung vom 22. März 2025 als gegeben festgestellt wurden:

1. Äußere **Sicherheit** und somit der Schutz der freiheitlichen und liberalen

23 Lebensweise und der sozialen und kulturellen Errungenschaften ist das  
24 oberste Gebot eines Staates.

- 25 2. Angesichts des aggressiven Verhaltens Russlands und anderer Akteure, das  
26 hybride Kriegsführung einschließt, ist es zwingend **notwendig, uns**  
27 **resilient und verteidigungsfähig** zu machen, wenn wir unsere freiheitliche  
28 und liberale Lebensweise bewahren und ausbauen wollen.
- 29 3. Angesichts der Unzuverlässigkeit, was die bisherige Schutzmacht USA  
30 angeht, müssen sich Deutschland und Europa **autonom** militärisch verteidigen  
31 können.
- 32 4. Angesichts dieser neuen Bedrohungen wird es eines neuen **gesellschaftlichen**  
33 **Konsenses** bedürfen, was die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit  
34 angeht.
- 35 5. Neben dem Aufbau einer glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft in  
36 Deutschland, in enger Abstimmung innerhalb der NATO, der EU und mit  
37 gleichgesinnten Partnern in der Welt, muss es parallel immer wieder  
38 **Angebote zur Kooperation und Abrüstung** geben, auch im Verbund mit anderen  
39 Staaten, die kein Interesse an der Militarisierung der Welt haben: z.B.  
40 Indien, Japan, Australien.
- 41 6. Die Grundlage jeder Friedens- und Sicherheitsordnung muss das **Völkerrecht**  
42 **und die internationale Zusammenarbeit** sein.

### 43 Themen

44 Wir haben in diesem Zusammenhang sechs Themen identifiziert, zu denen wir uns  
45 positionieren müssen:

#### 46 1. Verteidigungs- und Entwicklungsbudget

47 Wir können nicht für Frieden, Freiheit und Sicherheit sein und uns von anderen  
48 verteidigen lassen. Bei der Diskussion um die Verteilung der Ressourcen steht  
49 für uns fest, dass das Verteidigungsbudget **nicht zu Lasten des sozialen**  
50 **Zusammenhalts** erhöht werden darf, da dieser ein unabdingbarer Bestandteil  
51 unseres demokratischen Systems ist.

52 Neben der Höhe des Verteidigungsbudgets in Prozent des BIP geht es auch um  
53 Mittel für **zivile Verteidigung und den Zivilschutz**.

- 54 • Weitere Themen: Inwieweit soll die Rüstungsindustrie zum

55 Verteidigungsbudget beitragen (Abschöpfung von Übergewinnen)?

- 56 • Soll der Bedarf für Verteidigung nur anhand dessen ermittelt werden, was  
57 zur glaubhaften Verteidigung innerhalb der NATO notwendig ist, oder auch  
58 darüber hinaus, z.B. für internationale Einsätze außerhalb der NATO?
  
- 59 • In welchen Zeiträumen soll der Aufwuchs der Mittel für Verteidigung und  
60 Resilienz erfolgen?
  
- 61 • Wie können wir die Arbeit des BMZ stärken und die Mittel der  
62 Entwicklungszusammenarbeit entsprechend der Vorgaben des 0,7 % OPA Zieles  
63 erhöhen?

## 64 **2. Dienst an der Gesellschaft**

65 Jeder verpflichtende Dienst an der Gesellschaft stellt einen erheblichen  
66 Eingriff in die persönliche Freiheit dar und muss sehr gut begründet sein. Dabei  
67 sind folgende Leitplanken unverrückbar: **Gewissensfreiheit und Gerechtigkeit**  
68 **(auch Generationengerechtigkeit)**, das heißt Verpflichtungen würden für jeden  
69 deutschen Staatsbürger gleich welchen Geschlechts gelten, gleichgültig ob der  
70 Dienst in Form eines Wehrdienstes oder Wehersatzdienstes/Zivildienstes  
71 geleistet wird.

72 Für soziale Einrichtungen könnten sich Vorteile ergeben, da junge Leute an diese  
73 Einrichtungen herangeführt werden.

74 Bei einem Pflichtjahr für alle ergibt sich eine soziale und kulturelle  
75 Durchmischung, die zum gesellschaftlichen Zusammenhang beiträgt.

76 Die Länge des Dienstes soll so ausgerichtet sein, dass eine Nutzung der  
77 erlernten Fähigkeiten auch langfristig gewährleistet ist und bedarf einer  
78 gesellschaftlichen Diskussion, die junge Menschen einbeziehen und zeitnah zu  
79 einer Entscheidung kommen muss.

80 Bei einem **allgemeinen Dienst für die Gesellschaft** muss sich jede(r) fragen, wo  
81 und wie sie/er zur Verteidigung der Demokratie und zum Wohlergehen des Staates  
82 beitragen kann.

83 Die Diskussion um einen Wehrdienst und ein Pflichtjahr dürfen nicht davon  
84 ablenken, dass vor allem die zivilgesellschaftliche Jugendarbeit insbesondere  
85 die Freiwilligendienste gefördert werden muss. Viele junge Menschen engagieren  
86 sich auch heute bereits und wollen dies auch verstärkt tun. Dafür wird aber eine

87 **gute und ausreichende finanzielle Ausstattung der Freiwilligendienste** benötigt.  
88 Die heutigen Angebote eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres  
89 bewegen sich weit unter der Bezahlung des Mindestlohns. Dies führt zu einem  
90 dazu, dass die soziale Spaltung bei jungen Menschen zunimmt. Zum anderen sollten  
91 junge Menschen nicht als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden.

92 Der Wehrdienst und das Pflichtjahr müssen daher finanziell ausreichend  
93 ausgestattet sein. Alle müssen in diesem System die Möglichkeit erhalten, genau  
94 den Dienst zu erfüllen, der sie in ihrer persönlichen Lebensführung  
95 weiterbringt. Ob es sich dabei um eine soziale, kulturelle oder ökologische  
96 Alternative handelt, muss in der eigenen Entscheidung liegen.

97 Was den **Wehrdienst** angeht, so sind die derzeit vorhandenen personellen und  
98 materiellen Ressourcen nicht ausreichend. Dies bedeutet, dass die Anzahl der  
99 Wehrdienstleistenden vom Bedarf der Bundeswehr, von dessen Möglichkeiten zur  
100 Umsetzung der Wehrpflicht, aber auch vor allem von den individuellen  
101 Entscheidungen der Dienstpflichtigen abhängt. Dies kann zu einem Zielkonflikt  
102 führen, wenn sich nicht genügend Menschen für den Wehrdienst entscheiden.

- 103 • Wie stehen wir zum "schwedischen Modell": Erfassung aller jungen Männer,  
104 aber Einberufung nur, wenn es nicht genügend Freiwillige gibt?
- 105 • Wie steht es um eine Reserve und deren ausreichende finanzielle und  
106 materielle Ausstattung?
- 107 • Wie können wir die Finanzierung eines attraktiven Freiwilligendienst in  
108 der Gesellschaft umsetzen und sie gleichberechtigt zum Militärdienst  
109 gestalten (Freifahrkarte während des Dienstes, angemessenes Taschengeld,  
110 Förderung der Unterkunft während des Dienstes etc.)?

### 111 **3. Militärische Unterstützung der Ukraine**

112 Oberste Richtschnur für uns: wir unterstützen die Ukraine, um sie zu befähigen,  
113 ihre Bevölkerung zu schützen und Verhandlungen auf Augenhöhe zu führen, damit  
114 ein dauerhafter Frieden entsteht. Nicht die Frage wer den Krieg gewinnt, steht  
115 im Mittelpunkt, sondern dass die Ukraine ein unabhängiger Staat bleibt. Wir  
116 entscheiden keinesfalls über die Köpfe der Ukrainer hinweg. Wir überlassen es  
117 der Ukraine zu definieren, wann eine Verhandlungslösung zufriedenstellend ist

- 118 • Schließt diese Unterstützung Waffensysteme zu Land und in der Luft ein,  
119 die weit in russisches Territorium vordringen können?
- 120 • Oder wäre dies zu gefährlich als Provokation von Russland (Hängen

121 Entscheidungen Putins überhaupt davon ab, was wir tun oder nicht tun?)?  
122 Ist die Sanktionspolitik in der derzeitigen Form erfolgversprechend?

#### 123 **4. Sicherheitsgarantien für die Ukraine**

- 124 • Soll Deutschland sich an einer Sicherheitsgarantie und evtl. einer  
125 Friedensmission beteiligen und wenn ja, unter welchen Bedingungen?
  
- 126 • Gibt es bei Abgabe einer Sicherheitsgarantie einen Automatismus beim  
127 Eingreifen, wenn RUS wieder attackieren sollte? Oder geben wir eine  
128 Garantie ohne diesen Automatismus? Was wäre diese Garantie wert (siehe  
129 Budapester Memorandum)?
  
- 130 • Soll sich Deutschland an einer Friedensmission nur dann beteiligen, wenn  
131 sie auf einer Verhandlungslösung beruht bzw. international abgesichert ist  
132 (VN-SR-Beschluss oder "Koalition der Willigen")?

#### 133 **5. Soll der Nukleare Schutz von Frankreich und Großbritannien kommen?**

134 Wenn sich Deutschland entscheidet sich unter einen (neuen) gemeinsamen nuklearen  
135 Schutzschirm zu begeben (nach Ausfall des US-Schutzschirms oder in dessen  
136 Ergänzung), benötigt dies eine entsprechende tiefgreifende Diskussion mit  
137 weiteren ähnlich interessierten Staaten. Hier müsste gemeinsam die Ausgestaltung  
138 eines solchen Schutzschirms entschieden und umgesetzt werden.

- 139 • Wie könnte eine solche Ausgestaltung aussehen?
  
- 140 • Was geschieht, wenn sich bei dieser Schutzmacht die innenpolitische Lage  
141 so verändert, dass sie sich zurückzieht (z.B. Frankreich bei einer  
142 Regierung der Rechten)?
  
- 143 • Sollen wir eine aktive Teilhabe anstreben, einschließlich einer  
144 Stationierung auf deutschem Territorium? Würde ein solcher gemeinsamer  
145 europäischer Schutzschirm die Verhandlungsmacht der EU stärken oder die EU  
146 schwächen?

147 Eine solche Kooperation mit anderen Staaten darf uns jedoch nicht davon  
148 abhalten, uns für vertragliche Regelungen zur Abrüstung und den  
149 Atomwaffensperrvertrag einzusetzen.

#### 150 **6. Verteidigung auf Europäischer Ebene.**

151 Sollten wir langfristig an europäischen Streitkräften arbeiten, einschließlich

152 eines gemeinsamen Führungskommandos? Denn zusammengenommen geben alle Länder der  
153 EU mehr Geld für Rüstung aus als viele andere Staaten, ohne dass dies zu einer  
154 effektiven Verteidigung führt. Auch wenn tatsächlich europäische Streitkräfte  
155 eher in fernerer Zukunft liegt, sollten gemeinsame europäische  
156 Verteidigungsprojekte (wie zB PESCO) bereits jetzt ausgebaut und insbesondere  
157 auf die Kompatibilität der europäischen Armeen geachtet werden. Der  
158 Luftverteidigung ist dabei besonderes Gewicht zu geben.

159 • Könnte man im Rüstungsbereich mit einer Koalition der Willigen (wie bei  
160 Schengen und EURO) bei Rüstungsbeschaffung und Standardisierung  
161 voranschreiten?

162 • Wollen wir einen gemeinsamen Europäischen Nachrichtendienst?

163 • Wie gehen wir mit zentrifugalen Kräften um bzw. mit Regierungen, die  
164 unsere Werte nicht teilen?

165 • Wären gemeinsame europäische Schulden für die Verteidigungsfähigkeit mit  
166 uns zu machen? Wichtiger erster Schritt wäre es, gemeinsam die Lücke in  
167 der Hochtechnologie zu schließen, die Europa im Vergleich zu USA, CHN und  
168 RUS hat.

169 • Wie steht es dabei um dual-use-Güter, der Wissenschaftsfreiheit, der  
170 Forschung bei internationaler Zusammenarbeit und einer ausreichenden  
171 Finanzierung der zivilen Forschung?

## 172 **Ausblick: Chancen einer zukünftigen Friedenspolitik**

173 Wir dürfen die Notwendigkeit und Chancen einer europäischen Friedenspolitik  
174 nicht aus den Augen verlieren, trotz der aktuellen Bedrohungslage. Im Kontext  
175 mit den europäischen Partnern und der Stärkung der UN-Strukturen wollen sich die  
176 Grünen weiterhin für eine umfassende Friedenspolitik einsetzen und die Weichen  
177 stellen für eine zukünftige europäische und weltweite Friedensordnung.

178 Wie muss eine Reform und Stärkung der UN-Strukturen aussehen, um eine  
179 nachhaltige Entwicklung und Frieden auf der Welt zu gewährleisten? Wie kann der  
180 Sicherheitsrat reformiert werden (Beendigung der Veto-Strukturen, Einbeziehung  
181 aller Staaten)? Wie können zivile Strukturen gestärkt werden?

182 Wie kann Entwicklungspolitik als Instrument zum Friedenserhalt ausgebaut werden?  
183 Wie kann das Ziel der 0,7 % - ODA Quote politisch erreicht werden? Wie kann der  
184 Zivile Friedensdienst als Programm der Friedensstärkung weiter bekannt und  
185 ausgebaut werden?

186 Weltweit sind zivilgesellschaftliche Initiativen für Menschenrechte und  
187 Demokratie in Bedrängnis. Wie können wir Organisationen stärken, Kooperationen  
188 fördern und Zivilgesellschaft als Teil von Friedensverhandlungen einbringen? Wie  
189 kann die Leitlinie zur zivilen Konfliktbearbeitung der Bundesregierung und der  
190 Vorrang ziviler Mittel bei der Krisenvorbeugung und -bewältigung in Krisenzeiten  
191 umgesetzt werden? Wie können wir von einer „Kriegstüchtigkeit“ zu einer  
192 „Friedenstüchtigkeit“ kommen und den Anspruch einer „Politik der Gewaltfreiheit“  
193 (Grundsatzprogramm der Grünen) weiterhin umsetzen?

## **Begründung**

Es handelt sich um keinen Antrag sondern ein Impulspapier für die weitere Diskussion.